

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 18 (1904)

162 (13.7.1904)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-394049](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-394049)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Frangolohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einl. Beleghe.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Inserate werden die fünfmalige Kernspalte oder deren Raum für die Inserenten in Rüttlingen-Beilagen und Umrandung, sowie der Filialen mit 15 Pfg. für die sonstigen ausserordentlichen Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition abgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Neue Wilhelmshaber Straße 82. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

Filial-Expeditionen und Annahmestellen:

Bant: G. Suddeberg, Buchhandlung, Weststr.; Seppens: C. Sabewasser, Oldestr.; Jever: P. Hinrichs, Rindgenwarf 61; Varel: G. Mehe, Schüttingstr.; Cüdenburg: G. Heitmann, Weststr.; Jürgensdahl: R. Brüning, Buchhög.; Hagesteden: H. H. Hille, Am Kanal; Stele a. d. W.: Z. Eggemann; Harsleb: G. Wilgram, Vangelamp; Norden (Mittelland): T. Biering; Nordberg: W. Fintel, Elmstr.; Embden: Carl Faust, Groß-Poststr. 18; Leer (Mitt.): W. Meyer, Rindstr. 44; Weener (Mitt.): Georg Knions; Wesel (Damm): S. Bedmann; Lägerdorf (Holstein): J. Hindsch, Rosenstr. 8; Stade: W. Ruhlmann, Rindhölzer 41; Brunshausen b. Stade: Herm. Meyte, Oberstein (Birkenfeld); Conrad Zimmer.

18. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 15. Juli 1904.

Nr. 162.

„Zentralverband der Sozialdemokratischen Partei“?

Fünfzig Bresslauer Parteigenossen, die „Volkswacht“, veröffentlicht einen neuen Beitrag zur Frage der Reform der Parteiorganisation. Wir bringen auch diesen Artikel nachstehend zum Abdruck:

Die Größe der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird von Freund und Feind am häufigsten nach der Zahl der abgegebenen Wählerstimmen gemessen, da jeder andere Maßstab bisher fehlte. Zum erstenmal hat der Parteivorstand auf dem Parteitag in Dresden genauere Mitteilungen über die Zahl der Abonnenten sozialdemokratischer Zeitungen gemacht, sie betrug annähernd 600 000. Eine Statistik über die Zahl der organisierten Parteigenossen in ganzen Reichs existiert noch nicht, oder wenn sie auf Grund der alljährlichen Umfragen existieren sollte, ist sie doch bisher nicht bekannt gegeben worden. Wir können uns hier nur auf Schätzungen verlassen. Wenn wir die Zahl der in sozialdemokratischen Vereinen mit politischen Zwecken organisierten auf 200 000 annehmen, dürften wir weiter nach oben noch nach unten uns also weit von der Wirklichkeit entfernen. Das ist allerdings keine überwaltigende Masse, und vielleicht hat der Umstand, daß unsere Organisationen so weit zurück sind hinter bündlerischen, konfessionellen und kriegerischen Organisationen dazu beigetragen, die Zahl nicht sonderlich laut in die Welt zu schreien. Wir können uns auf die Dauer aber nicht verheißeln, daß wir für alle politischen Aktionen von größerer Tragweite mit dem Heere derjenigen rechnen dürfen, die sich bauernd und feil politisch organisieren, die fortlaufend zu Opfern für ihre Sache bereit sind, die sich mit dem sozialistischen Gedankengut vertraut machen und eine gewisse Festigkeit in ihren Ansichten durch diese politische Schulung erreichen. Was uns darüber hinaus bei wichtigen Aktionen zu Hilfe kommt, soll uns sehr willkommen sein, sicher rechnen wollen wir aber nur mit denjenigen, die seit zu uns halten in der Organisation. Sie bilden die feste Grundlage der Partei.

Ihre Zahl kann durch eine einheitliche, kräftige Agitation ohne große Schwierigkeiten auf das Drei- und Vierfache der bisherigen Höhe gebracht werden. Wenn es möglich war, eine Million gewerkschaftlicher Streiter in feste Kolonnen zu formieren, ist auch nicht ausgeschlossen, annähernd so viel Sozialdemokraten für politische Vereine zu gewinnen. Wenn diese Agitation bisher selbst an größeren Orten nicht energisch genug in Angriff genommen wurde, so lag es einmal daran, daß die lokale Organisation des Vertrauensmännersystems noch nicht ganz überwunden werden konnte. Erst seit Aufhebung dieses Systems ist z. B. bei uns in Bresslau ein stärkeres Wachstum des Sozialdemokratischen Vereins zu verzeichnen, und ähnliche Erfahrungen berichtet man aus anderen Orten. Aber auch für die Schulung und Organisierung in den unglücklicheren Landstrichen man mehr getan werden, wenn diese Arbeit systematisch von berufsmäßigen dazu verpflichteten Genossen geleitet würde. Aus diesen Gesichtspunkten heraus schlagen wir vor:

Alle politischen sozialdemokratischen Vereine Deutschlands schließen sich am 1. Januar 1906 zu einem Zentralverband der sozialdemokratischen Partei zusammen.

Jedes Mitglied zahlt pro Monat 10 Pfg. an die Kasse des Hauptverbandes.

Für die einzelnen Landesstellen werden auf Beschlag des Parteivorstandes durch Beschluß des Parteitag besetzte Beiratsleiter angestellt, deren Aufgabe die Agitation in dem ihnen unterstellten Landesteil, die Beratung der Genossen und die Unterstützung der Organisation ist.

Die Vertretung auf dem Parteitag richtet sich nach der Zahl der organisierten Genossen.

Der Zusammenfluß in einen Zentralverband ist unseres Erachtens nötig, um der Agitation für die politische Organisation einen stärkeren Schwung zu geben und die feste Vereinsform in allen den Orten einzuführen, die bisher noch

an unvollkommenen Organisationsgestaltungen krankten und hin und her tappen ohne eine bestimmte Richtung. Ein einheitliches Mitgliedsbuch über ganz Deutschland, durch dessen Vorweisung sich jeder Sozialdemokrat legitimiert, bildet einen wichtigen Hebel zur Organisation. Heute gibt es an vielen Orten kein anderes Kennzeichen der Zugehörigkeit zu unserer Partei, als das einfache, an keine Bedingungen geknüpfte Selbstbestimmnis, in Zukunft soll auf jedem Bau, an jeder Werkstatt der Gleichgültigkeit keine Zugehörigkeit mit dem allerorts bekannten Mitgliedsbuch ausweisen, wie es heute durch das Verbandsbuch der Maurer, Metallarbeiter u. geschieht. Wir haben mit einem Schläge eine genaue Uebersicht über die Zahl der wirklichen Sozialdemokraten und ihre politische Arbeit an den einzelnen Orten. Ueber den Zeitpunkt der Einführung muß natürlich nach eingehender Beratung Beschluß gefaßt werden, obiges Datum ist rein willkürlich gewählt, es läßt sich vielleicht ein längerer Zeitraum festsetzen, innerhalb dessen die Vereine ihren Ansehlsch zu vollziehen haben. Auch die Rücksicht auf die wirtschaftlich Abhängigen, also Organisationsunfähigen, sollte die Mehrheit nicht von der Bildung eines festen Verbandes abhalten. Es ist nicht nötig, den Kreis der Abhängigen, oft auch allzu Angestrichelten weiter zu ziehen, als er heute wirklich noch ist. Je nachdrücklicher unsere Arbeit, je größer unser Kreis, um so mehr Personen setzen ihre Selbstständigkeit durch. Für die übrigen, wirklich Abhängigen, läßt sich schon ein Ausweis schaffen, wenn sie die politische Partei dauernd unterstützen, ohne als Mitglied eintreten zu können.

Die traffe Zentralisierung ermöglicht aber auch erst die Durchführung unserer zweiten Forderung, nämlich die Beitragspflicht jedes einzelnen deutschen Sozialdemokraten. Diese Beitragspflicht ist nötig — wie wir in früheren Artikeln nachgewiesen haben — um die Parteifälle dauernd in die Lage zu versetzen, ihren bisherigen Verpflichtungen nachzukommen, darüber hinaus aber, um sie zur Durchführung der im dritten Absatz aufgestellten Forderung zu befähigen. Ein Monatsbeitrag von 10 Pfg. für die Zentrale ist gewiß nicht zu hoch, wir flammern uns aber auch nicht an die Ziffer, auch hier haben die Erfahrungen vieler mehr Gewicht als die von Einzelnen. Nehmen wir aber 10 Pfg. einmal als Norm an, dann würden die politischen Organisationen Deutschlands der Hauptfache schon im ersten Jahre 200 000 bis 240 000 Mk. zuführen, das sind 60 000 bis 100 000 Mk. Einnahme mehr als die Hauptfache bisher von freiwilligen Spenden erhielt. Tabel sind die opferwilligen Berliner und Hamburger Genossen, die bisher zwei Drittel der Beiträge aufbrachten, auch nur mit ihrem Zehnjennigbeitrag angerechnet, behalten sie ihre alte Opferfreudigkeit bei, dann kann der Parteivorstand mit weiteren 50 000 bis 60 000 Mk. rechnen. Jedenfalls würden schon die Summen der ersten Jahre genügen, um dem Parteivorstand größere Bewegungsfreiheit zu geben, ihm die längst notwendige Erweiterung zu gestatten und einigen besonders hilfbedürftigen Landesteilen eine wertvolle Unterstützung zu bieten. Die Massenverwaltung braucht sie nicht viel komplizierter zu gestalten als heute. Der Parteivorstand läßt Beitragsmarken in der Höhe von 10, 15, 20, 25 und 30 Pfg. anfertigen und liefert sie zum Preise von 10 Pfg. an die Parteireine an den einzelnen Orten. Zehnjennigmarken werden die Einzelmitglieder vom Bezirksleiter oder Parteivorstand beziehen, die an Orten ohne Organisation wohnen. Wo bisher 10 Pfg. Monatsbeitrag üblich waren, kauft man 20 Pfg. Marken, 10 Pfg. davon zieht der Ortsverein, die andere Hälfte wandert nach Berlin. Bresslau würde 30 Pfg. Marken beziehen und 20 Pfg. davon bilden den örtlichen Beitrag. Jedenfalls sind die Schwierigkeiten der Massenverwaltung kein Hindernis der festen Organisation.

Zur Begründung unserer dritten Forderung, die Anstellung berufsmäßiger Agitatoren, brauchen wir nur noch wenig zu sagen. Die guten Wahlerfolge, die unter der bisherigen unvollkommenen

Organisation erreicht sind, dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Durchdringung der Massen mit sozialistischem Geiste nicht mit ihrem Schritt gehalten hat und daß auch die Fortschritte der Organisationen nicht genügen. Die letzten Reichstagswahlen haben uns gezeigt, wie das Bürgertum neue Kräfte sammelt und schimmernde Energie aufbringt. Unsere Agitation hat sie geleitet, auch ihrerseits alle Kräfte anzuspornen. Demgegenüber genügt es nicht mehr, wenn bei uns alle wichtigen politischen Arbeiten oft noch „nach Feierabend“ gemacht werden müssen. Die Ausführung bleibt mangelhaft, die Agitation geschieht unregelmäßig und vielfach systemlos. Bildet sie den Beruf eines Mannes, dann ist das anders, wie die Erfahrungen der Gewerkschaften beweisen. Einzelne Städte und Provinzen haben sich ja bereits aus eigenen Mitteln besoldete Parteiführer angestellt, für die weniger gut fundierten Gebiete muß das von der Zentrale aus geschehen. Diese Forderung ist nicht zum wenigsten darin begründet, daß uns die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, die Versicherungs- und Arbeiterjugend immer mehr Kräfte entziehen. Die politische Bewegung wird heute oft genug schon hintenan gesetzt. Manchmal dachten wir einen neuen fleißigen Arbeiter für politische Propaganda gefunden zu haben, wenn eine Gewerkschaft einen Genossen durch Anstellung unabhängig machte. Das Gegenteil trat ein, die Beteiligung der Parteifreien am politischen Leben war geringer als vor der Anstellung und manchen Gewerkschaftsleiter sehen wir ein halbes oder gar ein ganzes Jahr nicht im sozialdemokratischen Verein. Wenn uns so die Gewerkschaftsbewegung nach und nach die besten Männer wegholt, wird es für die politische Partei die höchste Zeit, zu lernen und sich einen Teil der Kräfte zu sichern. Deshalb unsere Forderung: Anstellung besoldeter Parteiführer!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bant, 12. Juli.

Eine russische Anleihe in Deutschland.

Bürgerliche Blätter streuen folgende Rime aus: „Herr v. Witte, der Präsident des russischen Ministerkomitees, berührt Berlin auf der Durchreise nach Nordern, wohin er sich mit Herrn Timirjasev, der schon am letzten Handelsvertrag mitgewirkt hat und mehreren anderen Beamten begibt. Graf Bülow hat in Nordern einen kleinen Stab von Beamten bei sich, zu denen u. a. der jüngst ins Auswärtige Amt berufene bisherige Generalkonsul v. Below gehört. In einzelnen Blättern ist die Vermutung aufgetaucht, daß bei diesen Verhandlungen nicht nur der Handelsvertrag, sondern daneben eine in Deutschland unterzubringende russische Anleihe in Betracht käme und daß diese Anleihe zu den diplomatischen Mitteln gehöre, durch die eine gewisse Nachgiebigkeit Russlands auf zollpolitischem Gebiet erreicht werde. In offenbar inspirierten Notizen wird mit besonderem Eifer versichert, daß diese Vermutung oder Behauptung jeder Grundlage entbehre und daß für die Konferenz zwischen den beiden Staatsmännern nur die Frage des Handelsvertrags in Aussicht genommen sei.“ — Auf diese Rime kann nur der Unfernhare stehen, der nicht weiß, daß das mehr ist, was demontiert wird. Die russische Autokratie liefert der Selbsterhaltung wegen die russische Landwirtschaft aus und schädigt die deutsche Industrie aufs schwerste. Zum Dank dafür wird sich das deutsche Kapital beilehen, dem Jarrismus mit einigen hundert Millionen zu Hilfe zu kommen. Es sei denn, Autokratie sünde schon in den nächsten Wochen bei Wladken sein Leben.

Interessante Audienz. Die Deputation deutscher Farmer in Schwabakra, die gegenwärtig in Deutschland weil und die Sympathie aller kolonialfreundlichen Kreise in überreichem Maße besitzt, ist vom deutschen Kaiser nicht in Audienz empfangen worden, obwohl der Reichs-

kanzler ihr die Bestätigung ihres Audienzgesuchs versprochen hatte. Die „Berl. Morgenpost“ meint dazu, daß die Zeit des Kaisers neuerdings von andern Ereignissen übermäßig in Anspruch genommen worden sei und veröffentlicht zum Beweis dessen die folgende Zusammenstellung:

- 17. Juni: Bismarck-Rennen. 19. Juni: Großer Hanjars in Hamburg. 21. Juni: Regatta auf der Untersee. 22. Juni: Enthüllung des Krupp-Denkmals. 23. Juni: Weisfahrt des Klerikal-Jachtlubs. 24. Juni: Wettregeln auf der Kieler Fährde. 25. Juni: Empfang König Eduards; Trinksprüche. 27. Juni: Neue Trinksprüche. 29. Juni: Abschied König Eduards. 30. Juni: Kieler Preisverteilung. 2. Juli: Eintreffen in Travemünde. 4. Juli: In Warnemünde. 6. Juli: In Swinemünde. 7. Juli: Beginn der Nordlandreise.

„Danach“, erklärt das bürgerliche Blatt, „war in der Tat der von der Deputation erbetene Empfang im königlichen Schlosse in Berlin nicht möglich.“

Ein Kauderwäus mit dem deutschen Kaiser. Der amerikanische Millardär Vanderbilt, der seit einigen Tagen in Kopenhagen weilte, reiste auf seiner Fahrt nach Norwegen ab, um dort auf eine Einladung hin mit dem deutschen Kaiser zusammenzutreffen.

Budde rettet den Mittelstand. Der preussische Eisenbahnminister Budde verstand an alle Eisenbahndirektionen den Ausruß seines Wunsches, daß die Beamten ihre Waren bei Klein- und Zwischenhändlern kaufen möchten; Beamte sollen Vorstandsämter nur für solche Konsumvereine annehmen, die nach dem Uebersicht der Kommunalbehörden und der Regierungspräsidenten ein unabweisbares Bedürfnis sind.

Der Kaiserorden. Zum Fall Mirbach liefert die „Frankf. Ztg.“ folgenden amüsanten Beitrag: „In Hamburg v. d. Höhe wohnte eine Frau Wilson (die vor etwa Jahresfrist gestorben ist). Sie war seinerzeit aus dem Ehegatten gekommen, hatte einen französischen Koch geheiratet und mit diesem eine kleine Pessverwirtschaft etabliert. Später erwarb sie ein Hotel, in welchem zu den Spielzeiten die ganze französische Spielergesellschaft abtrieb. Madame Wilson nahm ohne sonderliche Strupel das Geld, woher sie es bekommen konnte, und wurde sehr vermögend. Was sie ihr Hotel verkaufte, bezieht sie ein Nebenhaus, in dem sie bis zu ihrem Tode Zimmer an Fremde vermietete. Hier lebte sie in Erinnerung an ihre sehr bewegte Vergangenheit. Zuletzt wurde sie fromm und sendete als Katholikin manch Scherlein für die katholische Gemeinde. Auch Herr von Mirbach erhielt 5000 Mark für den Bau der evangelischen Kirche. Kurz darauf erschien er bei ihr und überreichte ihr — den Kaiserorden an weichen Bande. Ganz Hamburg war starr und suchte nach heute nach den Verdiensten, die sich Madame Wilson von dem preussischen Staat erworben hat.“ — Mirbach wußte's wissen und das genügt.

Die Speldung der Bäder von den Schafen wird, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, von den Kontrolloffizieren bei den Kontrollvorstellungen in den Kreisen Warburg, Biedentop und Kirchhain vorgenommen. Die Teilnehmer an diesen Versammlungen werden je nach ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Kriegerverein getrennt aufgestellt. Außerdem müssen sich die Nichtmitglieder eines Kriegervereins vom Kontroll-offizier nach die Frage gefallen lassen, aus welchen Gründen sie keinem Kriegerverein angehören. Da die Leute an dem Kontrollvorstellungstage den Militärgefehen unterliegen, können sie leider dem Kontrolloffizier nicht mit der gebührenden Antwort dienen.

Sächsisches. In Rügen wollten die Gemeindevertreter in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bericht erlassen über ihre Tätigkeit im dortigen Gemeinderate. Rechtskräftig verbot dies der übermächtige Beamte, und die Berichtserstattung mußte darauf-

hin natürlich unterbleiben. Es wurde nun gegen diesen Verbot bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde erhoben und diese hat nun die folgende Verfügung erlassen:

Nach der Beschwerde vom 30. Juni laufenden Jahres, welche sich gegen das vom übermündeten Beamten der königlichen Amtshauptmannschaft ausgeübte Verbot, bei dem am 25. Juni laufenden Jahres abgehaltenen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, Zutritt zu bewirken, enthält, ist nach dem ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht der Gemeindevorsteher, zu urtheilen, richtig; hat die unterzeichnete königliche Amtshauptmannschaft nichts zu verfügen gefunden.

Gemäß § 68 der Kreislichen Landgemeindeordnung sind nur in denjenigen Gemeinden die Gemeindevorstellungen öffentlich, in denen das Statut der betreffenden Gemeinde dies ausdrücklich vorsehreibt. In Wägen bestimmt § 18 des Ortsstatuts für diesen Ort, daß die Gemeindevorstellungen nicht öffentlich sind.

Eine öffentliche Versammlung der zur Verhandlung in den nächstfolgenden Gemeindevorstellungen gelangenden Gegenstände würde daher eine Verletzung der Bestimmungen der Kreislichen Landgemeindeordnung sein. § 8 in Verbindung mit § 23 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1854 verbietet, daß in Vereinsversammlungen solcher Vereine, die unter das Gesetz fallen, Anträge oder Beschlüsse erörtert oder Beschlüsse gefasst werden, welche einer Aufforderung oder Anreizung zu Gesetzesverletzungen enthalten. Ein Bericht der Gemeindevorsteher über Gegenstände der nächstfolgenden Gemeindevorstellungen, deren Geheimhaltung ihre Pflicht ist, enthält für die Gemeindevorsteher eine Aufforderung bzw. Anreizung zur Verletzung von Gesetzen, nämlich der Bestimmungen der Kreislichen Landgemeindeordnung, es dürfte daher eine Ausnahme über den erwähnten Punkt der Tagesordnung von dem übermündeten Beamten nicht gebilligt werden.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Friedrich v. Zeubner.

So die Verfügung. Wie die Amtshauptmannschaft in der Berichterstattung der Gemeindevorsteher in Wägen über ihre Tätigkeit eine Anreizung zu Gesetzesverletzungen enthalten kann, das ist uns in der Tat unerfindlich. Und bisher hat auch keine Behörde auch nur den Versuch gemacht, eine solche Berichterstattung zu beanstanden. Das ist wohl der Beispiel schuldig-bureaucratischer Gesetzesargumentation. Weil sie keine Bestimmung aus der Landgemeindeordnung anzuführen vermag, die durch die Berichterstattung verletzt worden wäre, verleiht sich die Amtshauptmannschaft Birna zu der einzig daheimen Behauptung, die ganze Landgemeindeordnung wäre verletzt worden. Öffentlich macht ihr die Amtshauptmannschaft ohne weiteres klar, daß ihre Verfügung in jeder Hinsicht einer gefährlichen Unterlage entbehrt.

Frankreich.

Die Rathhäuser-Kommission. Die Untersuchungskommission für die Rathhäuser-Ungelangenheit hat die Schlussanträge des Berichterstatters Colin mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. In den Anträgen heißt es u. a.: Die Kammer erklärt, daß sich bei der Untersuchung kein Beweis für den Versuch einer Bestechung ergeben hat, der am 10. Juni von der Rednertribüne aus angezettelt worden sei, noch für die gegen Edgar Combes erhabene Falschbildigung. Die Kammer bedauert, daß Ministerpräsident Combes unvorsichtigerweise und ohne ausreichenden Grund tiefe Erregung im Lande hervorgerufen und zum Schaden der französischen Interessen den Ruf des französischen Vertreters auf der Ausstellung in St. Louis aus Spiel gesetzt habe. Die Kammer bedauert, daß Mißbrauch der Amtsgewalt gegenüber dem gerichtlichen Verfahren vorgekommen sei.

Italien.

Eine neue Spionage-Affäre macht in Italien viel Aufsehen. In Messina wurde ein Hauptmann Crocetti verhaftet. Der Verdacht gegen ihn tauchte zuerst vor wenigen Monaten auf, wo das Kriegsministerium erfuhr, daß eine gewisse ausländische Macht im Besitz sehr wichtiger Dokumente über die Verteidigungsverhältnisse Siziliens sei. Bald lenkte sich auch der Verdacht auf den Bezirkskommandeur Crocetti, einen 43jährigen Offizier, der mit einer 32jährigen schönen und eleganten Dame aus Venedig verheiratet ist. Man beobachtete den Briefwechsel des Ehepaares und übermüdete gewisse Stellen, die der Offizier ins Ausland machte, sowie die mysteriösen Besuche, die er erhielt. Die Besucher waren offenbar ausländische Spione. Als der Verdacht sich immer mehr verdichtete und ein neuer Besuch eines Spions anfiel, war dem Crocetti eine Anzahl der wichtigsten Dokumente übergeben sollte, wurde keine sofortige Verhaftung angeordnet. Diese war indessen nicht leicht, da das Ehepaar der Polizei die Tür nicht geöffnet, sondern zweifels Selbstmord begangen hätte. Man schloß deshalb einen Detektiv als Telegrafendebenten verkleidet, dem dann auch das Haus geöffnet wurde, und der seinerseits dann die Polizei herbeihieß. Bei der Verhaftung machten beide Ehegatten einen Selbstmordversuch, der Hauptmann mittels eines Revolvers, die Gattin mit einem Dolch; doch fielen Karabinier ihnen in die Arme. Der Hauptmann war durch seine Spielleidenschaft ruiniert, während die Frau übergroßen Luxus getrieben hatte. Das Ehepaar suchte sich deshalb durch Verbot von wichtigen Dokumenten, die der Hauptmann mit einem falschen Schlüssel aus dem Kassenkranz der Zitaibelle zu entnehmen und zu kopieren pflegte, Geld zu verschaffen. Die Dame war ebenfalls eine leidenschaftliche Viehhirtenphotographin. Der Hauptmann ist im Gängelungs total zusammengebrochen, die Frau

verhält sich dagegen jählich. Zwei Kinder des Ehepaares wurden der städtischen Fürsorge übergeben. Die gestohlenen Dokumente betreffen durchweg militärische Dinge von höchster Wichtigkeit. Blättermeldungen zufolge soll der Hauptmann Crocetti mit zwei Wädern in Verbindung gestanden haben, von denen die eine Frankreich sein soll.

Rußland.

Ein unerhörter Vorfall, der für russische Verhältnisse recht bezeichnend ist, wird der „Bresl. Zig.“ von beteiligter Seite unter Angabe sämtlicher Namen und Details mitgeteilt: Ein russischer Jude, der zur Zeit seiner Militärpflicht genügt, ging mit seinem Regiment nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatz. Die Eltern erhielten mehrfach Briefe, indessen seit einigen Wochen blieb jede Nachricht aus. Begriffsloserweise bekamen sich die Eltern in Angst und Sorge. Vor wenigen Tagen wurde der Vater auf das Polizeirevier gerufen und ihm mitgeteilt, daß ein Telegramm, seinen Sohn betreffend, vorliege, daß man es ihm aber erst gegen Zahlung von 20 Rubel ausshändigen werde. Der arme Mann war nicht in dem Besitz des verlangten Geldes. Alle Bitten des in höchster Sorge befindlichen Vaters halfen nichts; er mußte wieder weggehen, und es gelang ihm mit Mühe und Not, die verlangte Summe aufzutreiben, die er dann dem Polizeikommissar übergab. Hierauf empfing er das Telegramm. Es war vom Generalkommando und enthielt die Nachricht, daß sein Sohn — gefallen sei!

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Die „Einfreisung“ der Hereros ist nicht so glatt von statten gegangen, als man es sich im Hauptquartier des Generals v. Trotha gedacht hat. Das geht aus den neuesten Meldungen aus Otahandja hervor. Danach scheint es, als zögen die Hereros nach den verschiedenen Richtungen aus dem Wasserberggebiet ab, die Wechzahl nach Nordosten, wo der Ring der deutschen Truppen nicht geschlossen war. Major v. Etzoff, der sie umgibt, um ihnen den Abzug zu verlegen, wird bald mit ihnen ins Gefecht kommen. Wenn es den Hereros gelingt, zu entschlüpfen, so wird der Guerrillakrieg, der für die Truppen der anstrengendste ist, noch lange Zeit währen. Aus Köln wird gemeldet: Die „Köln. Zig.“ gibt an leitender Stelle einen angeblich aus der Kapkolonie stammenden, den „Kassenkampf in Südafrika“ besprechenden Artikel Raum, in dem der Gewährsmann aus Grund von allerlei sich bemerkbar machenden Zeichen berichtet, daß der große Entscheidungskampf der Schwarzen gegen die Weißen in Vorbereitung begriffen sei. Auch Deutschland müsse für den Allgemeinstampf der Eingeborenen gerüstet sein, und wenn nicht die gründliche Entwaffnung aller Eingeborenenstämme dauernd erhalten werden könne, läufig eine größere Schutztruppe für die Kolonie bewilligen. Der Artikel forderte alle Weißen und Kolonialmächte zu einmütigen Zusammengehören auf. Internationale Maßnahmen müßten ergriffen werden und die allerstrengsten Strafen eintreten, falls moderne Feuerwaffen und Munition auf die Schwarzen verfallen werden. — Der Artikel des obigen Blattes hat offenbar den Zweck, Stimmung für neue Truppenleistungen zu machen.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Einnahme von Raikschau durch die Japaner ist die Sonntagsneuigkeit vom Kriegsschauplatz. Nach den letzten Nachrichten über den Vormarsch und Angriff des Generals Chu auf Raikschau (Raiping) mußte man auf diese Nachricht gefaßt sein. Die Stadt wurde nach einer Meldung aus Tokio am 9. Juli von den Truppen Dzus genommen. Die Russen zogen sich, 20000 Mann stark, zurück. Eine weitere Meldung des General Chu lautet: Die zweite Armee begann ihre auf die Besetzung Raikschaus hinstellenden Operationen am 6. Juli. Nachdem die Russen Incessiv aus ihren Stellungen vertrieben worden waren, wurden Raiping und die benachbarten Höhen am 9. Juli von den Japanern besetzt.

Wie aus Petersburg berichtet wird, hat der deutsche Kaiser an den Kommandeur seines Woborzischen Regiments ein Telegramm geschickt, worin er es beklagt wünscht, berufen zu sein, dem Feinde entgegenzugehen. Es heißt darin: „Ich bin stolz, daß mein Regiment die Ehre haben wird, für seinen Kaiser, das Vaterland und den Ruhm der russischen Armee zu kämpfen.“ Das Telegramm schließt mit den Worten: „Meine aufrichtigsten Wünsche begleiten das Regiment, Gott möge seine Fahnen segnen.“ In Petersburg ist dieses Telegramm sehr sympathisch aufgenommen worden. Optimisten schließen daraus auf eine etwaige Aufgabe der neutralen Haltung Deutschlands!!

Das Fort Lungshidjan, das erste Befestigungswerk zwischen Dalm und Port Arthur wurde, wie dem „Vol. Anz.“ aus Tokio gemeldet wird, von den Japanern genommen, die dabei acht Kanonen erbeuteten. Die Japaner haben zur Rekonstruktion der Festung auch Luftballons in Dienst gestellt.

In Port Arthur sollte nach kürzlich veröffentlichten Mitteilungen aus chinesisches-russischer Quelle es angeblich so zugehen wie im tiefsten

Frieden. Die japanischen Regeln genierten, so wurde behauptet, keinen Menschen, jeder ginge ruhig seinen Geschäften oder dem Vergnügen nach. Vagen haben aber bekanntlich kurze Beine, und gibt denn auch eine Meldung des Reuterschen Bureau aus Tsichu vom 10. Juli ein etwas anderes Bild der Verhältnisse in Port Arthur: Aus Port Arthur Geschichtete erzählen, daß die Chinesen der Japaner mit Unterstützung der Flotte ohne Unterlaß im Kampf begriffen sei, um eine die Stadt und das Hafendamm beherrschende Stellung zu gewinnen. Die japanische Flotte schiffe ohne Unterbrechung vom Morgen bis zum Abend; Tote und Verwundete lämen alle Augenblicke an; Briantdauer seien zu Feldlagarettten eingerichtet.

Zur Landtagswahl.

Frühe Anshauungen herrschen noch in weiten Kreisen über die bevorstehenden Landtagswahlen, weshalb wir die diesbezüglichen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes (Art. 150) nachstehend wiedergeben.

§ 1. Nach einer Auflösung des Landtages müssen die neuen Wahlen innerhalb zwei Monaten ausgeführt werden. Der Landtag ist auf einen Tag einzuberufen, welcher innerhalb der auf die Wahlaustragung folgenden drei Monate fällt.

§ 2. Unterbleibt das eine oder das andere, so treten die Mitglieder des aufgelösten Landtages bis zum Zusammentritt der neu gewählten Abgeordneten in ihre früheren Rechte und vernehmen sich ohne Einberufung baldmöglichst zur Wahrung des Staatsgrundgesetzes.

§ 3. Der neugewählte Landtag tritt in die Periode des aufgelösten ein.

Das heißt also: Schon im Jahre 1905 haben wir wieder Neuwahlen zum Landtage vorzunehmen. Dem Landtage ist also nur eine recht kurze Lebensdauer beschieden.

Und über die Wahl der Abgeordneten im Falle einer Auflösung bestimmt das Gesetz vom 21. Juli 1898 in Artikel 32:

§ 1. Die Wahlmänner werden für die Zeit von einem ordentlichen Landtage zum anderen gewählt.

§ 2. Im Falle einer Auflösung eines Landtages muß eine neue Wahl vorgenommen werden.

§ 3. Im Falle des Paragraph 2, sowie wenn ein Wahlmann wegen Mangels eines nach Artikel 29 Versahren während der Wahlperiode des ordentlichen Landtages neu zu wählen ist, wird die für die letzte Wahl zum ordentlichen Landtage aufgestellte Wählerliste der neuen Urwahl zugrunde gelegt. Es sind jedoch diejenigen, welche inzwischen stirbberedigt geworden, aus ihren Antrag in die Liste nachzutragen.

Es findet also eine Reauastellung der Wählerlisten für die bevorstehenden Urwahlen nicht statt, vielmehr sind diejenigen der letzten Wahl zu benutzen. In diese sind diejenigen Personen, die inzwischen stirbberedigt geworden sind, aus ihren Antrag — nur auf diesen — einzutragen.

Parteinachrichten.

Wie Vagen über „sozialdemokratischen Terrorismus“ fabriziert werden, dafür liegt wieder ein skatatorer Beleg vor. Vor einigen Tagen brachte die „Freie Deutsche Presse“ Eugen Richters folgende Mitteilung: „Ein neuer Fall von sozialdemokratischem Terrorismus wird uns mitgeteilt. In der Firma Schmiedlinz & Co. aus der Berliner Metallwarenbranche war ein Schmelzer Sch. während seiner Arbeit in die nächste Destillationskammer gegangen. Von seinem Arbeitgeber hierüber zur Rede gestellt, verlangte er seine sofortige Entlassung. Da das Metall im Schmelzofen stand, mußte selbstverständlich ein anderer Arbeiter zur Fortführung der Arbeit herangerufen werden. Als Sch. dieses sah, drohte er, den Arbeiter A. niederzuschlagen, wenn er die Arbeit machen würde, und betrug sich so rabiat in der Giecherei, daß er erst mit polizeilicher Hilfe entfernt werden konnte. Am Abend lauerte Sch. mit noch zwei Genossen dem A. auf, die sie schlugen ihn derartig, daß er sich auf der Unfallstation verbinden lassen mußte und arbeitsunfähig ist. Strafantrag ist gegen die rohen Patrone gestellt.“ Wenn bei Herrn Eugen Richter und seinen Intenfalls nicht das Bedürfnis, Fälle von „sozialdemokratischem Terrorismus“ zu entdecken, so groß wäre, so hätte man sich in der weissen Redaktion des Blattes fragen müssen, daß der Fall sich die Wahrheit der Angaben vorausgesetzt — für die Befriedigung des dringenden Bedürfnisses recht schlecht eignet. Was in aller Welt hat die Sozialdemokratie damit zu tun, wenn irgend ein Schnapsolger Kadaw macht und Berufscollegen verhaßt? Aber aus Logik kommt es ja bei der Sozialistenbefähigung nicht an. Man handelt nach dem bekanneten Wort: Verleumde fäßen; es bleibt doch etwas hängen. Die spießbürgerlichen Feser der freisinnigen Presse stellen ja in Bezug auf Logik und Wahrheit keine so großen Ansprüche, wenn sie die Schimpf- und Verleumdungspitzen nur angenehm finden. Jetzt aber folgt die Entlarvung auf dem Fuße. Die „Fr. D. Presse“ ist genötigt zu folgender Mitteilung: „Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus sind uns vor einigen Tagen von der Geschäftsstelle der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten mitgeteilt worden. Aus der Mitteilung nahmen wir an, daß es sich bei dem von uns aus dieser Mitteilung übernommenen Fall um ein Verbrechen der Firma Schmiedlinz & Co. handle. Diese aber erklärt, daß sie mit diesem Fall von sozialdemokratischem Terrorismus

absolut nichts zu tun habe. Indem wir dies richtigstellen, müssen wir es der Geschäftsstelle der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten überlassen, zu erklären, wo sich dieser neue Fall von sozialdemokratischem Terrorismus ereignet hat.“ — Man erfährt daraus wenigstens, was die Urheber jener Notiz sigen. Es ist das Bureau der Rahnemänner, das sie in die Welt geschickt hat. Aber Vagen haben kurze Beine.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Bauhandwerker! **Zugung nach Bremen, Bremerhaven, Westermünde, Lehe, Embden und Harid** **ist fernzuhalten.**

Aus Stadt und Land.

Samst, 12. Juli.

Eine öffentliche Versammlung der **Schmiede** findet morgen, Mittwoch, abend im Lokale des Herrn Soale statt. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schmiede, Herr Lange aus Hamburg, wird über die wirtschaftliche Lage im Schmiedegewerbe sprechen.

Eine gefährliche Einbrecherbande scheint hier wieder zu hanteln. In der Nacht zum Sonntag ist nicht nur in v. Sieratowsky's Gartenrestaurant, sondern auch in die Gebäude des Mühlenbesizers Schmidt in der Hafenstraße und des Bäckers Henning in der Werffstraße eingebrochen. In allen Fällen scheint es der Einbrecher oder die Einbrecherbande nur auf Geld abgesehen zu haben.

Ein Salustienstreich ist in vergangener Nacht auf dem Neubau der Schule an der Koonstraße verübt worden, indem zwei fertige Decken mit Erde bespritzt wurden, sodah dieselben noch einmal neu gemalt werden müssen. Da der Täter es nur auf die Decken abgesehen gehabt hat, so neigt man der Ansicht zu, daß hier ein Raubakt vorliegt. Ein niederträchtiger Streich bleibt es auf alle Fälle.

Die Sommerferien sind für die liebe Schuljugend wieder da. Was alles läßt sich in solchen freien Wochen machen! Wie will ich da faulenzeln und mich umbertreiben nach Herzenslust, jubelt es in dem Jungen, dessen Welt die Straße ist. Wie will ich arbeiten und noch immer mehr dazu lernen, taufkriert der Mutterhüter, der werdende Streber. Aber, ad! wenn die Ferienwochen vorbei sind, dann findet der eine wie der andere, daß sie eigentlich doch recht kurz waren. Dann schilt der Strafenjugend, daß er viel zu wenig gebummelt, dann bedauert der Mutterhüter, daß er viel zu wenig gearbeitet hat. Die Eltern halten es jumeist mit dem Mutterhüter, der auch in den Ferien immer nur arbeiten, immer noch dazulernen will. In der Regel sind sie gar nicht davon erbaut, daß ihre Kinder in den Ferien mäßig gehen sollen — Wochen hindurch, die ihnen selber, den Eltern, zur Qual werden. Sie flagen, daß die Mädchen verbummeln und die Jungen verwildern; sie wünschen jene Zeiten zurück, in denen noch die Sitte oder Liniste galt, den Schulfremden eine nicht zu knapp bemessene Portion „Ferienarbeiten“ mit in die Ferien zu geben. Langsam und nur mit Widerstreben hat die Schule sich dazu bequemt, der Schuljugend den möglichst ungelächterten Gemuß ihrer Ferien zu gönnen. Langsamer noch ringt die Elternschaft sich zu der Erkenntnis durch, daß jeder Ferien, wenn irgend möglich, frei von jeder Arbeit und frei von jedem Zwange sein müssen. Freitag doch den Erwachsenen, was ihm sonst Sonntag oder ein Sommerurlaub ist, wenn er nicht alle Arbeit hinter sich lassen darf? Soll ein Kind nicht daselbe fordern dürfen? Voraussetzung ist allerdings, daß den Kindern Gelegenheit gegeben wird, die schul- und arbeitsfreie Zeit in richtiger Weise für ihre Erholung zu verwenden, und hiermit hapert es ja leider. In der Großstadt versuchen insbesondere die Arbeitervereine die Ferien den Schülern so angenehm und für ihre Gesundheit so nützlich als möglich zu machen. Für die Kinder der Bemittelten der Großstädte ist die Frage, wie man ihnen die Ferien zu einer rechten Erholung gestaltet, viel leichter gelöst. Sie reisen mit den Eltern ins Gebirge, an die See, in die Sommerfrische, ins Bad. Für sie braucht kein Magistral keine paar Schulheft beigegeben, kein Arbeiterverein mit dankenswerthem Bemühen Ferienreisen zu veranstalten. Sie haben nicht an den Vorrechten ihrer qualifizierten Eltern. In den Kreisen der Wohlhabenden kann man sich einen Sommer ohne Erholungsreise gar nicht denken. Was aber die Herren Väter, soweit sie Unternehmer und Arbeitgeber sind, nicht im geringsten hindert, für ihre Arbeiter die Ferien als überflüssig anzusehen und das Verlangen nach einem kurzen Erholungsurlaub für Begriffslosigkeit zu erklären. Es gab eine Zeit, wo selbst der Schuljugend keine Ferien gebührt wurden; man begriff sie heute nicht mehr. Es wird eine Zeit kommen, wo man es nicht mehr begreifen wird, daß ein mit dem Arbeiter seine Ferien vorzuziehen werden.

Witwenhosen, 12. Juli.

Mehrere Saunafälle sind, wie uns berichtet wird, in letzter Zeit auf dem Neubau der Koon- und Mantelstraße zu verzeichnen gewesen, die kein günliches Licht auf den dort herrschenden Bauarbeiterzug werfen. Am Freitag voriger Woche stürzte ein Zimmerer

Bartsch & von der Brügge
vormals B. & S. Böttmann.

... Gelegenheitskauf. ...
Ca. 15000 Meter Kattune
für Kleider, Blusen, Schürzen usw.
in grosser Musterauswahl
Meter 20, 25 und 30 Pfennig.

Bekanntmachung.

Ca. 225,00 qm beites 4 mm starkes
Vinoleum, fertig mit Stopal-Harzfitt
aufgelegt, soll zur Erweiterung des
Rathhauses verbaut werden.
Verschlossene Angebote nebst Proben
sind bis zum 20. ds. Mts., mittags
12 Uhr, an den Unterzeichneten abzu-
geben.

Bant, den 12. Juli 1904.
Der Gemeindevorsteher.
Meent.

Zu vermieten

mehrere drei-, vier- und fünfzählige
Wohnungen.

H. Siebers, Bant, Peterstr. 41.

Zu vermieten 3. 1. Aug. eine dreiz.
Untermwohnung mit
Stell., Kammer u. Gartenland z. 12.50 M.
Joh. Caten, Genossenschaftsstr. 56 a.

Zu vermieten

zwei- und dreizählige **Wohnungen.**
Ulmenstraße 5.

Zu vermieten

zum 1. Oktober mehrere drei- und vier-
zählige Wohnungen in meinem Neu-
bau Arngalstraße, sämtlich mit abge-
schlossenem Korridor und Balkon.
C. Hinrichs, Schmiedemeister,
Arngalstraße.

Zu vermieten

zwei schöne dreizählige **Wohnungen**
mit abgeschl. Korridor z. 1. Aug. ev. später.
H. Lambrecht,
Bant, Wellenstraße 20.

Zu vermieten

auf sofort eine geräumige **Küche** mit
einem Zimmer.
Fr. Kerzuth,
Berläng, Bördenstraße 1.

Zu vermieten

ein **Laden** mit vier. **Wohnung**
zum Preise von 450 Mark an der
Wilscherstraße per 1. Okt., dabeilist
auch eine dreiz. **Stagenwohnung**
m. abgeschl. Korridor v. 1. Aug. od. später.
H. Arnolds Restaurant.

Zu vermieten

zum 1. Oktober eine vierzählige **erste**
Stagenwohnung mit abgeschlossenem
Korridor, Ofen, Speisekammer usw.
Georg Buddenberg,
Bant, Peterstraße 30.

Zu vermieten

eine abgeschlossene **dreiz. Wohnung**
auf sofort oder später, desgleichen eine
zum 1. Oktober.
Bant, Peterstraße 40, p. 1.

Gasthof „Zur Erholung“
Neuengroden.

Montag den 18. Juli:

Großer Ball

Joh. Stahmer.

Gesucht auf sofort eine ältere Person
als **Haushälterin.**
Frau Kalle, Bant, Mittelstr. 35.

Stellenvermittlung.

Frau Rogge, Bant, Bremerstr. 7.

Ein 4 Wochen alter Anabe
zu vergeben. Auskunft ert. d. Exped. d. Bl.

Alle Arten Drucksachen

... in Schwarz- und Buntdruck ...

für Handel, Gewerbe, Private und Vereine werden unter
Zusicherung sauberster Ausführung und billigster Preis-
stellung bei promptester Lieferung angefertigt in der

... Buch- und Accidenz-Druckerei ...

Paul Hug & Co. Bant.

Verlag des „Norddeutschen Volksblattes“
... sowie des „Deinhorster Volksblattes“.

Achtung! Schmiede, Kesselschmiede
und alle in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Am **Wittwoch den 13. Juli,**
— abends 8 1/2 Uhr: —

Oeffentl. Versammlung

im Lokale des Herrn Joh. Saake, Grenzstr. 38.

— Tages-Ordnung: —

1. Die wirtschaftliche Lage im Schmiedegewerbe und wie ist
dieselbe zu verbessern? Referent: Kollege **Lange** aus Hamburg.

2. Diskussion.

Kollegen, da es gilt, in dieser Versammlung unsere Interessen
als Arbeiter zu vertreten und unsere Lage zu verbessern, so besucht
recht zahlreich diese Versammlung!

Der Einberufer.

Während der Gerichtsferien
ist mein Bureau Sonnabends
nachmittags von 1 Uhr ab
geschlossen.

Dr. Brunnemann
Rechtsanwalt und Notar.

Welcher Maler
erteilt Sonntags einige Stunden Unter-
richt im Schreiben-Zeichnen? Baldige
Offerten unter P. P. 25 an die Exped.
d. Bl. erbeten.

Allgem. Ortskrankenkasse
Wilhelmshaven.

Die Beiträge der letzten Jahresperiode
(19. Juni bis 16. Juli) sind bis zum
16. Juli 1904 im Kassenlokal, Bahnhof-
straße 1, zu entrichten.

Der Rechnungsführer.
Thaden.

Billig! Billig!
Neue Gmder Springe
groß und fett
pro Stück nur 6 Pfennige
soben eingetroffen bei
Johannes Arndt, Bant.

Banter Konsum-Verein

c. G. m. b. H., Bant.

Am **Sonnabend den 16. Juli cr.**
— abends 8 Uhr: —

Ansserordentl. General-Versammlung
in der „Arche“ (Heiken) zu Bant.

— Tages-Ordnung: —

- 1. Bericht über Verkauf des Grundstücks an der Brunnenstraße,
 - 2. Vergütung des Aufsichtsrates,
 - 3. Gehalt der Verkäuferinnen,
 - 4. Aenderung des § 62 des Statuts (Geschäftsanteil betr.),
 - 5. Aenderung der §§ 65 und 81 des Statuts (Reservefonds betr.).
- Die Mitglieder haben sich als solche zu legitimieren.

Der Aufsichtsrat.

H. Aetner, Vorsitzender.

Etablissement Friedrichshof

Bant, Peterstraße.

Mittwoch den 13. Juli cr.:

8. Abonnements-Konzert

mit nachfolgendem Ball.

Anfang 8 Uhr. — Entree für Nichtabonnenten 30 Pf.
Die Direktion: **H. Willmann.**

Gesucht

auf sofort eine **Haushälterin.**
Wih. Rehbis, Bant.

Gesucht

auf sofort ein **Kinder-**
mädchen v. 14—16 Jahren
bei einem Rinde.
Peterstraße 47, 2 Tr. links.

Dazu eine Beilage.

Beilage zum „Norddeutschen Volksblatt“

18. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 15. Juli 1904.

Nr. 162.

Arbeitersekretariate und Arbeiter- versicherung in Deutschland.

Unter diesem Titel ist bei Birk & Co. in München ein Buch erschienen, das den Genossen August Müller, gegenwärtig Redakteur an der „Magdeburger Volksstimme“, zum Verfasser hat. August Müller, ehemaliger Gärtnergehilfe, hat sich an der Universität Zürich den juristischen Doktorgrad erworben. Seine Dissertation, in erweiterter Gestalt, ist das vorliegende Werk.

Im Jahre 1902 erschien eine ähnliche Arbeit von Dr. Richard Soudel über die deutschen Arbeitersekretariate (Leipzig, Verlag von Jäh & Schulte). August Müller war vor die Frage gestellt, ob die Schrift von Dr. Soudel seine Arbeit nicht überflüssig mache. Wenn er sich trotz dieser Bedenken zu der Herausgabe seiner Arbeit über den gleichen Gegenstand entschloß, so war für ihn ausschlaggebend die Erwägung, daß das zu erörternde Thema recht gut eine mehrfache Behandlung ertragen könne und keineswegs bloß zu Wiederholungen führen müsse, wenn das Ziel weiter gefaßt, die Beurteilung vielfach von anderen Gesichtspunkten aus vorgenommen werde.

Die Vergleichung beider Arbeiten gibt Müller recht, wenn er seine Bedenken zurückdrängt und jene Arbeit veröffentlicht; sie ist zweifellos die exaktere und, trotzdem der Verfasser Sozialdemokrat ist, auch die objektivere; sie ist es gerade deshalb, weil Müller als Sozialdemokrat ein tieferer Kenner der wirtschaftlichen Vorgänge in der Arbeiterbewegung ist.

Die jüngere Generation aus der Schule des Kathedrosocialismus liebt es vielfach, mit einer vorgehenden Meinung an die Behandlung sozialpolitischer Probleme heranzutreten. Unter dem Zeichen der indirekten Bekämpfung der Sozialdemokratie erhalten ihre Arbeiten eine bestimmte Tendenz. Dr. Soudel, ein Schüler von Professor Dr. W. Stieba, verfällt in den gleichen Fehler.

In dem Vorwort seiner Arbeit verpicht Dr. Soudel das Wesen der Arbeitersekretariate dem Leser so anschaulich wie möglich vorzuführen. Diese gute Absicht geht aber gar bald in die Brüche. Denn auf Seite 4 wird schon die mit dem Thema in seinem Zusammenhang stehende Weisheit verzapft, daß die Gewerkschaften gänzlich auf sozialdemokratischer Grundlage begründet und aufgebaut sind, aber in den letzten Jahren habe sich das Verhältnis der „Gewerkschaften“ zur Sozialdemokratie wesentlich geändert. Auf Seite 7 erfährt der Leser dann weiter, daß die arbeiterfreundliche Politik des Fürsten Bismarck in den 80er Jahren schon eine Menge von Gesetzen und Bestimmungen gebracht habe, die zum Wohle der Arbeiterklassen gedacht waren. In ähnlicher Weise schweift Dr. Soudel vielfach von seinem eigentlichen Thema ab, das im ganzen etwa oberflächlich behandelt wird.

So wird auf Seite 13 erwähnt, daß das erste schweizerische Arbeitersekretariat vorbildlich auf die Schaffung und Organisation des ersten deutschen Arbeitersekretariats in Nürnberg wirkte. Auf Seite 24 dagegen erwähnt Soudel selbst einen Brief von Karl Grillenberg vom 11. November 1891, in dem zum Ausdruck kommt, daß mit dem schweizerischen Material nicht viel zu machen sei. Das eigenwillige Arbeitersekretariat in Zürich war im wesentlichen

ein arbeitsstatistisches Bureau, während der Arbeitsplan des ersten deutschen Arbeitersekretariats in Nürnberg ein ganz anderer war. Zu den Orten, die kommunale Auskunftsstellen unterhalten, wird irrthümlich auch München gezählt. Ähnliche Mängel sind in der Darstellung der Arbeitersekretariate mehrfach enthalten.

Die Tätigkeit der Arbeitersekretäre im ganzen findet lobende Anerkennung. Das rigorose Vorgehen der Behörden gegen das Arbeitersekretariat in Posen findet Dr. Soudel aber schon begrifflich, denn es habe ja nicht dem Arbeitersekretariat als solchem, als vielmehr dem Leiter desselben gegolten, der als „eifriger sozialdemokratischer Agitator“ betamft sein soll. Nicht mit altem großem Unrecht soll seine Tätigkeit polizeilich überwacht sein.

Wie wenig Dr. Soudel das Wirken der Arbeitersekretariate erfährt hat, geht aus seinen Schlußbetrachtungen hervor. „Inmerhin muß es fraglich erscheinen“, so meint er, „ob einer ins Große gehenden Ausdehnung dieser Arbeitersekretariate es nicht doch hinderlich lie, daß sie die Gründung einer Partei sind, die, so anerkennenswertes sie auch in dieser Frage geleistet haben mag, doch immer als eine entschiedene Gegnerin der bestehenden Gesellschaftsordnung gelten muß und infolgedessen nicht beanspruchen kann, daß man bei ihr eine strikte Neutralität voraussetze.“

Ganz anders wie Dr. Soudel geht August Müller an die Behandlung der deutschen Arbeitersekretariate heran. Der erste Teil seiner Schrift behandelt Wesen und Bedeutung der Arbeitersekretariate. Diese Darstellung beruht auf dem Studium der Jahresberichte von 21 Sekretariaten. Die Entstehung der Arbeitersekretariate, ihre Verfassung und Aufgaben, sowie die Tätigkeit der Arbeitersekretäre, wird knapp, verständlich und übersichtlich geschildert. Abschweifungen auf Gebiete, die mit dem zu behandelnden Thema nicht oder nur in losem Zusammenhang stehen, wie es Dr. Soudel beliebt, werden vermieden. Schon in den ersten drei Abschnitten der Müllerschen Arbeit sind wertvolle Hinweise für die Arbeiterklasse enthalten. So kommt der Verfasser beispielsweise auf Grund der Prüfung des vorhandenen Materials zu dem Ergebnis, daß eine Einnahme von mindestens 3500 Mk. pro Jahr erforderlich ist, um ein Bureau mit einem Sekretär ordnungsgemäß zu erhalten. Ganz mit Recht hebt Müller hervor, man sollte sich zur Norm machen, Sekretariate nur dann zu errichten, wenn mindestens 3000 organisierte Arbeiter ständige Beiträge leisten, sofern nicht aus anderen Quellen dauernde Einnahmen fließen und nicht etwa den Grundabgaben folgen: Besser ein minder leistungsfähiges Sekretariat, als gar keines. Damit wäre weder den Sekretariaten noch der Arbeiterbewegung überhaupt gedient.

Der Verfasser gibt über die Abfassung der Jahresberichte der Sekretariate beachtenswerte Anregungen, die im ganzen dahin zielen, die Veröffentlichungen für die Sozialpolitiker, Gesetzgeber, Redakteure von Arbeiterzeitschriften und die übrigen Arbeitersekretäre wertvoller zu gestalten. Was Müller anregt, halten wir für ausführbar, ohne daß die Berichte dadurch an Wert für die breiten Arbeitermassen einbüßen brauchen.

Müller schildert anschaulich, wie die Arbeitspläne der Sekretariate in der Praxis eine natürliche Regelung erfahren haben. Die meisten

Sekretariate bestimmen noch in ihren Statuten, daß der Sekretär aus besondere statistische Arbeiten anzufertigen habe, die nicht mit seiner Tätigkeit als Sekretär in direktem Zusammenhang stehen. Von den Schwierigkeiten, die sich bei der Erhebung und Bearbeitung der Materialien solcher Statistiken ergeben, hatte man aber wohl meistens keine richtige Vorstellung, meint Müller mit Recht, sonst würde man den Arbeitsplan nicht mit Aufgaben bedacht haben, die schon deshalb keine Erledigung finden konnten, weil die Sekretäre schon anderweitig so sehr in Anspruch genommen werden, daß ihnen selbst bei gutem Willen und Befähigung die Zeit zur Vornahme statistischer Arbeiten fehlt.

Den Leistungen der Arbeitersekretäre soll der Verfasser volle Anerkennung, ohne sich zu verhehlen, daß ihre Tätigkeit noch wirksamer gestaltet werden kann. Die auf den Sekretären ruhende Arbeitslast hält Müller vielfach für zu groß. Sie haben nicht Ruhe genug, sich weiter zu bilden, neue Wege gründlich zu studieren, ihren Jahresberichten die nötige Sorgfalt zu widmen. Je umfangreicher an Zahl und Wirksamkeit die Arbeitersekretariate werden, desto notwendiger werde es, Sekretäre speziell für ihren Beruf vorzubilden. Am besten hält Müller eine Besetzung der Sekretariate durch zwei Beamte, davon sollte einer eine gründliche juristische und nationale-ökonomische Bildung aufweisen, während der andere aus der Arbeiterklasse selbst hervorgegangen sein müßte. Von einem solchen Zusammenarbeiten von „Theoretikern“ und „Praktikern“ dürfte man mit Recht gute Erfolge erwarten; leider scheitert aber der schöne Gedanke daran, daß bei der heutigen Bezahlung der Sekretäre akademisch gebildete Leute gelegentlich keine großen Verlangen zeigen, die Laufbahn eines Arbeitersekretärs einzuschlagen.

In einem eigenen Kapitel wird die Gebührenerhebung der Arbeitersekretariate behandelt. Müller ist ein Gegner der Gebührenerhebung und er wünscht, daß an dem Grundsatze der unentgeltlichen Rechtspflege an jedermann festgehalten wird; er muß aber zugeben, daß die Arbeitersekretariate für sich allein schließlich nicht insstande sein werden, das allgemeine Bedürfnis nach Rechtspflege zu befriedigen. Die naturgemäße Entwicklung geht deshalb dahin, daß aus Gründen der finanziellen Belastung die Arbeitersekretariate immer mehr Rechtspflege-Institute für die organisierten Arbeiter werden. Staat und Gemeinden sind deshalb gezwungen, einen Schritt auf der Bahn zu tun, die in ihrem Verlaufe zur Verwirklichung der Forderung: Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes führen wird. Die Arbeitersekretariate sind die Bahnbrecher für dieses Postulat. Gegenüber Dr. Soudel, der eine strikte Neutralität bei der Rechts wahrnehmung der Arbeitersekretariate vernimmt und sie durch unparteiliche kommunale Auskunftsstellen erledigt wissen will, hebt Müller treffend hervor, daß die Rechtsbureau der Zukunft, die sich vielleicht aus den Sekretariaten entwickeln, diese nur dann erfüllen, wenn die Arbeiter auf ihre Geschäftsführung und Organisation entscheidenden Einfluß ausüben können. Jedes bürokratische Gebilde muß notwendigerweise minderwertige Leistungen aufweisen, als ein Institut, dessen Organisation den Grundgedanken der Selbstverwaltung Rechnung trägt und dessen Wirksamkeit nicht als Wohltat, sondern als Recht, das

man beanspruchen darf, empfunden wird. So lange man das nicht einleht, ist es besser, man läßt die Arbeiter selbst für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach Rechtschutz und Rechtshilfe sorgen.

Im dem zweiten Teile seiner Arbeit versucht Müller darzustellen, wie sich in den Berichten der Arbeitersekretäre die drei großen Versicherungsgehe: Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz widerspiegeln. Dieser Teil ist ein äußerst wertvoller Beitrag zur Kritik der deutschen Arbeiterversicherung.

Bei der Ausgestaltung der Versicherungsgehe sind bisher die Einwände der Arbeitersekretäre wenig beachtet worden, vielleicht deshalb, weil sie zu weitläufig in allen Berichten waren. Hier ist nun zum erstenmale eine systematische und übersichtliche Darstellung aller Einwände, die 22 Arbeitersekretäre aus den verschiedensten Orten an den Versicherungsgehe üben, gegeben. Gerade dieser Teil erscheint uns für besonders wertvoll für alle Personen und Körperschaften, die befreit sein wollen, für die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung zu arbeiten.

Die Müllersche Arbeit als Ganzes ist ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis der Entstehung, Entwicklung und Ausgestaltung der Arbeitersekretariate und ihrer Aufgaben. Unsere Genossen und Organisationen, die ständig daran arbeiten, die Arbeitersekretariate in den Stand zu setzen, daß sie ihre Aufgaben so vollkommen wie möglich erfüllen, werden aus dem Buch eine Fülle von Belehrungen schöpfen. Das Buch eignet sich daher vorzüglich zur Anschaffung für Arbeiterbibliotheken. Ebenso wertvoll ist es aber auch für jene Instanzen, die gewillt sind, dem Bedürfnis der Förderung des Rechtsschutzes für Unbemittelte Rechnung zu tragen.

Gewerkschaftliches.

Staatsretterischer Humberg. In Sachsen-Weimar hat sich schon wieder ein Bürgermeister in der Rolle der Ordnungshüter und Gesellschaftsretter gefallen. Für den Donnerstag war eine „öffentliche Porzellanarbeiter-Verammlung für Blauenhain geplant, in der Frau Helene Steinbach aus Humberg referieren sollte, doch hatte man die Rechnung ohne den Bürgermeister gemacht, der an den Vertrauensmann folgendes schrieb: Die von Ihnen für Donnerstag, den 7. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Waldschloßchen“ angemeldete politische Versammlung wird auf Grund des Landesgesetzes vom 7. Januar 1864 verboten, da das Thema: „Unlere Klassen im proletarischen Kampfe“ zur Aufreizung geeignet, und daher zu bestreiten ist, daß die öffentliche Ordnung gefährdet werde. Schneider, Bürgermeister.

Jetzt ist zur Abwechslung wieder einmal eine Gefahr für die „öffentliche Ordnung“ beim Abhalten einer Gewerkschaftsversammlung vorhanden. Das hatte man längere Zeit vergesen. Diesmal wußten sich aber die Porzellanarbeiter anders zu helfen, indem sie eine Zahlstellenversammlung mit der Frau Steinbach als Referentin abhielten. Gäste hatten natürlich Zutritt.

Gerichtliches.

Was nicht alles als Subordinationsvergehen aufgefaßt wird. Am Vormittag des 28. Mai

Auch eine Konkurrenz.

Von Georges Renard. Deutsch von Marie Runert.

(Fortsetzung.)
Ich ging hinaus, um sie zu erwarten. Unser gefälliger Gefährte ging mit zugleich hinaus, nicht ohne einen Blick der Befriedigung nach Brigittas Seite zu werfen.

„Warum,“ sagte ich, „haben Sie hier einen solchen Lieberfuß an Rapellen? Es scheint mir, daß diese hier vollauf genügen müßte, ganz abgesehen davon, daß sie viel malerischer ist, als die andere.“

„Ach, wie sehr haben Sie recht,“ antwortete er mir voller Freude. „Aber das ist eine ganze Geschichte!“

„Stellen Sie sich vor, mein Herr, daß ein Priester von hier es sich in den Kopf gefaßt hatte — es ist schon einige Jahre her — ein zweites Lourdes und La Salette zu gründen. Was ist doch genöh, daß unsere Muttergottes von Romtitanien ebenso gut, wenn nicht besser ist als die da unten, schon weil sie älter ist, nicht wahr, mein Herr?“

„Ich machte eine unbestimmte Gebärde, konnte jedoch ein lazes tröstliches Nicken nicht unterdrücken. Mein Begleiter merkte es und sagte leise, sichtlich bemüht, die richtigen Worte zu finden, aus Furcht, er könnte sich irgendwoe kompromittieren oder aber zu naiv erscheinen: „Sie leben aus, als hielten Sie nicht viel vom Beien und Wallfahrten zur Muttergottes?“

„Ich gab ihm durch ein Zeichen zu verstehen,

daß es so wäre. „Aun . . . ich auch nicht,“ flüsterte er mir ins Ohr. „Ich gestehe es Ihnen im Vertrauen. Ich überlasse das den andern; ich selbst halte mich davon fern. Ich habe zu sehr aus der Nähe mit angehen, wie es gemacht wird. Jener Pfarrer kannte das Geheimnis auch nur zu gut, z. B. Würgerjahren! Er machte sich anheißig, Tausende und Abertausende von Bürgern anzuloden. Nichts leichter als das: etwas Lärm in den Zeitungen, um die Aufmerksamkeit zu erregen, eine schöne Kirche zum Empfang der Pilger, ein Hotel ersten Ranges, um sie festzuhalten, — mehr braucht es nicht. Und er schlug die Reklametrommel, pries die gepeinigten Kranken, jämmerliche Selber, grub die Erde um, begann Kirche und Hotel gleichzeitig zu bauen, errichtete auf dem Hügel ein Schwesternhaus, verhielt Sonderzüge, Wunder und Abiäh so viel man nur wollte. Was die alte Kapelle war, o, die war häßlich, erbärmlich und unserer Zeit unwürdig! Er wollte hoch hinaus. Man sprach von seinem Unternehmen sechs Meilen in der Runde. Aber raten Sie einmal, was geschah!“

Wenn ein Erzähler dem Zuhörer etwas zu erraten gibt, hätte man sich, ihn beim Worte zu nehmen und ihm so, falls man richtig rät, einen Pfiff, den er sich vorbehalten hat, zu rauben. Ich ließ also nur meine Augen sprechen, die um Fortsetzung baten.

„Wohlan, mein Herr,“ begann mein Gefährte in triumphierendem Tone, „eines schönen Morgens brannte der Pfarrer wie ein gewöhn-

licher Kaffeeker nach Belgien durch. Die Kirche, das Hotel und die Arbeiter, die nicht bezahlt worden waren, hatten das Nachsehen. Das gab einen schönen Skandal im Lande! Aber Sie wissen, diese Leute sind stark, weil sie einander unterstützen. Der Bischof berief die Geistlichen der Diözese zusammen und forderte sie auf, sich zu vereinen und ihrem Mitbruder zu Hilfe zu kommen. Brauche ich Ihnen erst zu sagen, daß die armen Teufel von der Auf-forderung nicht gerade entsetzt waren? Aber was nun tun? Es war eine obligatorische freiwillige Steuer. Sie resignierten, leerten ihre Börse und die Kirche konnte vollendet werden. Was das Hotel anlangt, so können sie beim Hinabsteigen eine Tafel sehen, die den Bauplatz bezeichne!; aber forschen Sie getrost weiter; unter der Erde werden Sie noch schöne Fundamente entdecken, die auf die Fortsetzung des Gebäudes warten und noch lange warten werden. Eine neue Kirche hatte man da als Gegenstück zu dem alten Turme gebaut. Ich habe nicht wenig gelaßt.“

Der Erzähler unterbrach sich, um von neuem zu lachen und sich die Hände zu reiben.

„Es scheint mir,“ sagte ich zu ihm, „als ob Sie die Leute, von denen Sie mir erzählten, nicht gerade ins Herz geschlossen haben. Haben sie Ihnen Schaden zugefügt?“

„Ob sie mir Schaden zugefügt haben!“ rief er ungemüht. „Aber, mein Herr, jeden Tag fügen sie mir Schaden zu. Sie verabschieden mich, weil ich ihnen im Wege bin. Und sie

laugen mich aus, sie fressen mir die Haare vom Kopfe! Sie haben sogar versucht, mich zu bestehlen, ja, mein Herr, zu bestehlen! Es war nicht genug, daß sie ihre Kirche bauten, — sie wollten ihr auch Stunden verschaffen. Sie haben Tamtam geschlagen, ganze Haufen von Priestern zur Einweihung hergeschleppt, Messen mit Musik geleien, Projektionen und neumätige Falten veranstaltet. Kurz, der ganze Schwindel trat in Aktion! Trotzdem kamen die Pilger nur spärlich, und die beachtlichenden Schwestern waren nicht zufrieden. Wissen Sie, was sie da ausgehört haben, diese von Satan besessenen Nonnen?“

„Wir spazierten innerhalb der Umfriedigung umher, während wir plauderten. In diesem Augenblicke kamen wir an der Kapelle vorbei. Mein Führer warf einen beunruhigten Blick nach Brigittas Platz; sie betete noch immer und hörte also nichts von unserm Gespräch. Er fuhr fort:

„Werden Sie es glauben, daß sie mir meine Rabonna fehlten wollten?“

„Ihre Rabonna?“ rief ich erstaunt.

„Ach, es ist wahr, Sie wissen ja nicht . . . Ich muß Ihnen sagen, mein Herr, daß meine Familie seit, ich weiß nicht wie langer Zeit Eigentümerin der Kapelle von Romtitanien und des kleinen Grundstücks, auf dem sie erbaut wurde, ist. Und heute gehört sie mir durch Erbschaft, mit allem, Wilhelm Grenz, Sohn des verstorbenen Onkels Grenz, Weinbändler in Senlis, Hauptstraße, zu dienen, mein Herr. (Schluß folgt.)



